

**KANTONS RAT**

**Mitte entscheidet**



Die heutige Sitzung war einmal mehr Geschäften der Baudirektion gewidmet. Sie hat mit aktuell 36 Vorlagen zu den unterschiedlichsten Themen am meisten

Pendenzen auf der Traktandenliste. Das geht dann beispielsweise von Wanderhindernissen für Wildtiere über ausserkantonale Entsorgung, Planung von Ortskernen, Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge, Nutzung von Bauholz, bauliche Verdichtung, Tiefengeothermie, Biodiversität oder Littering. Unmöglich, alles in diesem Beitrag zu behandeln. Daher eine Auswahl.

Bei öffentlichen Auftragsvergaben sollen Qualität und Nachhaltigkeit stärker berücksichtigt werden. Zudem soll das schweizweit harmonisierte öffentliche Beschaffungsrecht im Kanton Zürich eingeführt werden. Dazu ist ein Gesetz nötig, dem auch grossmehrheitlich zugestimmt wurde. Allerdings musste über mehrere Minderheitsanträge abgestimmt werden. Dabei wurden nur dank der Mitte-Fraktion Mehrheiten für Verbesserungen erzielt. Mit dem gegenüber der Regierungsvorlage hinzugefügten «Preisniveau»-Kriterium werden für schweizerische Unternehmen und für die Konkurrenz aus dem Ausland gleich lange Spiesse gelten. Das ist ganz im Sinn unserer KMU und ihrer Angestellten. Kanton und Gemeinden sollten so wieso vermehrt in erster Priorität lokale Unternehmen berücksichtigen. Diese zahlen sogar noch Steuern vor Ort, mit samt ihren Mitarbeitern übrigens. Regionale, nachhaltige Kreislaufwirtschaft nennt sich sowas.

Die Mitte sicherte ebenfalls eine Mehrheit für einen Auftrag an die Regierung, den Bau von Solaranlagen in geschützten Ortsbildern zu erleichtern. Wir müssen den erneuerbaren Energien viel grösseres Gewicht beimessen. Gerade in den Weinländer Dörfern ist das immer wieder ein Thema. Ich bin selber davon betroffen. Selbstverständlich soll weiterhin eine Güterabwägung mit Augenmass möglich sein, wir wollen ja unsere Dörfer nicht verschandeln. Wenn möglich, soll diese Abwägung aber schon auf Stufe Nutzungsplanung geschehen, damit die interessierten Bauherren eher wissen, was Sache ist. Dächer wurden immer gebaut, um Menschen zu dienen, dazu gehört im Jahr 2023 erst recht auch die Energiegewinnung!

**Konrad Langhart**  
Kantonsrat Die Mitte, Stammheim

**Winterthur**

**Jugendliche zünden Solarium an**

Drei 14-Jährige haben am Sonntag ein Solarium in Winterthur angezündet. Die Jugendlichen stellten sich der Polizei noch am selben Abend. Beim Brand entstand ein Schaden von mehreren Zehntausend Franken. Verletzt wurde beim Brand niemand, wie die Kantonspolizei Zürich am Montag mitteilte. Die Feuerwehr konnte ein Übergreifen des Feuers auf ein benachbartes Geschäft verhindern. Die drei Schweizer wurden am Sonntag verhaftet und bereits befragt. Die weiteren Ermittlungen führen die Kantonspolizei Zürich und die Jugendanwaltschaft Winterthur. (sda)

# Bundesgericht bestätigt Kleinsiedlungsverordnung

**FRAUENFELD/LAUSANNE** Das Bundesgericht hat die Rechtmässigkeit der durch die Thurgauer Regierung erlassenen temporären Kleinsiedlungsverordnung bestätigt. Hintergrund ist die Auszonung von etwa der Hälfte der 300 Weiler im Kanton aus der Bauzone.

Das Bundesgericht habe festgehalten, dass Anlass für das Einschreiten des Regierungsrates bestanden habe, teilte das Thurgauer Departement für Bau und Umwelt am Montag mit. Das Urteil wurde bereits Ende November gefällt, aber erst letzte Woche dem Departement zugestellt, wie Departements-Generalsekretär Marco Sacchetti auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA erklärte.

Die vom Kanton gewählten Mittel waren gemäss Urteil geeignet, um einen bundesrechtskonformen und rechtssicheren Vollzug der Baubewilligungsverfahren in den betroffenen Kleinsiedlungen sicherzustellen.

**Zonen widersprechen Bundesrecht**

Von den historisch gewachsenen Weilern im ganzen Kantonsgebiet liegen heute viele in Bauzonen – sogenannten Weiler- oder Dorfzonen. Dies widerspricht nach Ansicht des Bundes dem Bundesrecht. Eine Überprüfung durch den Kanton ergab, dass ein beträchtlicher Teil der 300 Weiler im Thurgau in eine Nichtbauzone umgezont werden müsse.

Der Grosse Rat genehmigte im September 2022 die von der Regierung



Der zu Neunforn gehörende Fahrhof ist einer von rund 300 Weilern im Kanton Thurgau.

Bild: Wikimedia

dazu erlassene Richtplanänderung «Kleinsiedlungen». Das Bauen in den Weilern wird dadurch in Zukunft eingeschränkt. Die Gemeinden haben nun die Aufgabe, die Planungen für die Kleinsiedlungen zu überprüfen und ihre Zonenpläne anzupassen.

Für die Übergangszeit bis zur Anpassung der kommunalen Zonenpläne erliess der Regierungsrat bereits am 12. Mai 2020 die Kleinsiedlungsverordnung. Sie regelt provisorisch das Baubewilligungsverfahren in den Weilern. Dagegen erhob der Grundeigentümer einer von Restriktionen betroffenen Liegenschaft Beschwerde vor

dem Bundesgericht. Wie dem Urteil zu entnehmen ist, wiesen die Richterinnen und die Richter diese vollumfänglich ab. Es sei zu befürchten gewesen, dass bis zur formellen Änderung der Zonenverordnung in den Gemeinden noch bundesrechtswidrige Bauvorhaben bewilligt und realisiert würden, heisst es im Urteil. Daher habe der Regierungsrat durchaus Grund gehabt, einzuschreiten und die Verordnung zu erlassen.

Damit griff die Exekutive laut Urteil weder in die Befugnisse des Grossen Rates ein noch in die Gemeindeautonomie. Das Bundesgericht erkannte auch

keine Willkür und keinen unverhältnismässigen Eingriff in die Eigentums-garantie.

Die Kleinsiedlungsverordnung sorgte für Rechtssicherheit, schrieb das Gericht. Sie verhindere nicht nur bundesrechtswidriges Bauen in den einen Weilern. In anderen Weilern stelle sie sicher, dass die Bautätigkeit in der Übergangszeit nicht vollständig zum Erliegen komme.

Das sei auch im Interesse der Gemeinden und der Grundeigentümer. «Diese Interessen überwiegen das Interesse einzelner Privater», lautet das Fazit des Bundesgerichts. (sda)

**Auch 2022 wieder mehr Einsätze**

**ZÜRICH** Schutz & Rettung Zürich hat wieder Rekordzahlen verzeichnet: Die Einsatzkräfte von Sanität und Feuerwehr rückten 48465 Mal aus. Das sind 7,2 Prozent mehr Einsätze als 2021.

Grund für die Zunahme bei den Notrufen um insgesamt 8 Prozent sei die gestiegene Zahl bei den Sanitätsnotrufen aus den Kantonen Zürich, Schaffhausen, Schwyz und Zug, wie Schutz & Rettung am Montag mitteilte. Die Nummer 144 wurde 130130 Mal gewählt, das sind 13 Prozent mehr als im Vorjahr. Feuerwehrnotrufe 118 bearbeitet die Einsatzleitzentrale nur für den Kanton Zürich. Hier verzeichnete sie 24736. Das entspricht einem Rückgang um 12 Prozent. Dies liegt vor allem daran, dass es keine schwerwiegenden Unwetter gab. Die Sanität leistete für den Rettungsdienst und den Verlegungsdienst insgesamt 43246 Einsätze, das sind 11 Prozent mehr als im Vorjahr. Berufs- und Milizfeuerwehren verzeichneten 5219 Einsätze. Das ist ein Rückgang um 15 Prozent.

Stark gestiegen sind die Einsätze der Zivilschutzangehörigen, die 9245 Dienstage und damit 45,5 Prozent mehr leisteten als im Vorjahr. Durch den Ukraine-Krieg mussten Zivilschutzanlagen bereitgestellt und in Betrieb genommen sowie Geflüchtete betreut werden. (sda)



Das Hauptgebäude der UZH.

Bild: Universität Zürich, Manfred Richter

## Uni Zürich schafft Lehrstuhl für Gendermedizin

**ZÜRICH** Die Universität Zürich schafft einen neuen Lehrstuhl für Gendermedizin. Es ist die erste derartige Professur schweizweit. Damit sollen Frauen in der Medizinforschung in den Fokus gerückt werden.

«Dass es Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt, weiss man seit dreissig Jahren. Dennoch werden Frauen immer noch nicht angemessen behandelt», wurde Catherine Gebhard in einer Mitteilung der Universität Zürich (UZH) vom Montag zitiert. Sie ist Professorin am Inselspital Bern und forscht bereits seit einigen Jahren zu Gendermedizin.

Trotz dieses Wissens werde der Grossteil der Forschung jedoch auch heute noch auf Männer ausgerichtet. Das zeige sich auch an den tierexperimentellen Studien, die hauptsächlich an männlichen Tieren durchgeführt würden. Die Folge: Frauen werden unterversorgt. So sei etwa das Risiko, eine Fehldiagnose bei einem Herzinfarkt zu erhalten, für eine junge Frau siebenmal höher als für einen Mann im gleichen Alter.

Vier aussichtsreiche Kandidatinnen haben laut Mitteilung der Universität Zürich an einem öffentlichen Symposium ihre Forschung bereits vorgestellt. Spätestens ab Anfang 2024 soll die Professur besetzt sein. Finanziell möglich geworden sei der neue Lehrstuhl durch die massgebende Anschubfinanzierung mehrerer Stiftungen. (sda)

**Winterthur**

**Nur 52 Prozent der Angestellten zufrieden**

Eine Umfrage der Stadt Winterthur hat ergeben, dass 52 Prozent der Angestellten mit ihrer Arbeitssituation zufrieden sind. Das ist ein Rückgang um sechs Prozent im Vergleich zu 2018. Grund dafür könnte eine höhere Belastung sein. Viele Mitarbeitende hätten weniger Zeit für ihre Hauptaufgaben. Möglich sei auch, dass die Arbeit im «andauernden Krisenmodus» Probleme bereite, teilte der Stadtrat mit. Damit sind die Krisen von Corona über den Ukraine-Krieg bis zur Energiemangellage gemeint. Der Stadtrat will dies nun genauer analysieren. Positiver fiel die Umfrage bei den Entwicklungsmöglichkeiten und der Bewertung der direkten Vorgesetzten aus. Die meisten Mitarbeitenden würden ihre Arbeit gerne machen, heisst es weiter. An der Umfrage beteiligten sich 2763 Mitarbeitende, rund 65 Prozent der Winterthurer Angestellten. (sda)

**Regensdorf**

**Polizei beendet illegales Pokerturnier**

Die Kantonspolizei Zürich hat am frühen Samstagmorgen ein illegales Pokerturnier in Regensdorf aufgelöst. Der 36-jährige Lokalbetreiber und der 38-jährige mutmassliche Turnierorganisator wurden verhaftet. Bei der Durchsuchung seien mehrere Tausend Franken Bargeld sichergestellt worden. (sda)